



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/32 - 7.2.1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 01831-33  
Fernschreiber 0886890

Zur Berlin-Debatte	S. 1
NATO-Rat tagt in Bonn	S. 2
Fagerholms Moskareise	S. 4
Die Oder-Neisse-Grenze und das Verhältnis zu Polen	S. 5

## Berliner unter Ausnahmerecht

sp. Es ist mit Trauer zu registrieren: die grösste Regierungspartei hat sich nicht entschliessen können, den Antrag der Oppositionsparteien, den Berliner Abgeordneten im Bundestag Stimmrecht zu geben, zu einer spontanen Demonstration der Verbundenheit mit Berlin zu gestalten. Dem Abgeordneten Friedensburg blieb es vorbehalten, mit vielen Wenn und Aber das Selbstverständlich-Sein-Soilende zu zerreden. Es war eine Rede der politischen Selbstentmündigung, des Kleinmutes und der Zaghaftheit, und ihre Gefahr besteht darin, dass sich nun die Westalliierten in der Frage Berlin auf die Uneinheitlichkeit der Deutschen berufen können. Sie werden hier nicht von sich aus vorprellen, da es die Kanzlerpartei nicht will.

So ist - leider - auch für die Zukunft der unwürdige Zustand zu befürchten, dass die Vertreter Berlins zwar im Bundestag reden, aber über die Gesetze nicht mitentscheiden dürfen. Dabei gilt die Bundesgesetzgebung auch für Berlin. Abgeordneter ist nicht gleich Abgeordneter. Die Berliner stehen gewissermassen unter Ausnahmerecht, ihre Stimmen zählen nicht.

Als Begründung für diese der Wiedervereinigung gewisse nicht dienliche Keltung der Kanzlerpartei musste die Furcht vor möglichen sowjetischen Reaktionen herhalten. Als ob in vergangenen Jahren diese Überlegung bei der Regierung überhaupt eine Rolle gespielt hätte - sie setzte die Pariser Verträge und die in ihr enthaltene Verpflichtung zur Aufrüstung ohne Rücksichtnahme auf die Menschen Mitteldeutschlands. Bei Berlin jedoch tritt man auf der Stelle, da, nach Friedensburg, die "Alliierten die Zustimmung nicht gern geben werden". Ist hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens?

Nach dieser Berlin-Debatte kann sich die CDU/CSU wohl kaum mehr von dem Verdacht befreien, sie verweigere nur deshalb den Berlinern das Stimmrecht, weil sie ungünstige Rückwirkungen für die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse befürchtet. So manches wichtige Gesetz wäre anders ausgefallen, hätten die Berliner mit ihrer Stimme den Ausschlag geben können. Man will sie jedoch nicht.

### Eine gefährliche Demonstration

G.M. Der Hang zur Demonstration im politischen Raum ist uns Deutschen nicht fremd. Regierungen der verschiedensten Art haben ihm gefrönt. Im Reich der Hohenzollern pflegte man mit Flottenmanövern zu "demonstrieren" was auf diplomatischer Ebene nicht deutlich genug gesagt werden konnte. Diejenigen, an deren Adresse Demonstrationen dieser Art gerichtet waren, verstanden sie - und richteten sich danach ...

Die jetzige Regierung der Bundesrepublik scheint der schlechten Tradition des Demonstrierens treu bleiben zu wollen. Im Mai dieses Jahres - so wird uns verkündet - soll der NATO-Rat in Bonn tagen. Bisher tagte er in der Regel in Paris. Ausdrücklich wird hierzu in einer offiziellen Verlautbarung gesagt, man wolle in Bonn die Geschlossenheit der NATO demonstrieren. Man erfährt, dass zwei Stockwerke des Ausserministeriums für die Tagung vorbereitet werden, dass Truppendifilés vorgesehen sind und dass schliesslich in Erwägung gezogen wird, ob es nicht sinnvoll sei, bei dieser Gelegenheit auch die ersten westdeutschen Panzereinheiten vorzuführen. Kurz, man will der Bonner NATO-Tagung das Gepräge einer Demonstration sowohl der politischen, wie auch der militärischen Macht des Westens geben.

Auffallend ist hierbei, dass bei früheren Tagungen des NATO-Rates in Paris alles verhältnismässig still und zivil vor sich ging. Keine grossen Vorankündigungen, keine militärischen Schauspiele und erst recht nicht Hinweise auf "die durch nichts zu störende Einheit der Partner des Atlantikpaktes" - das war der Stil früherer Pariser NATO-Tagungen.

Angeregt durch den auffallenden Unterschied sind wir der Sache etwas nachgegangen und haben hierbei in Erfahrung gebracht, dass sich die Regierung in Bonn bereits seit längerem darum bemüht haben soll, die nächste Tagung des NATO-Rates in der Bundesrepublik stattfinden zu lassen. Wie es heisst, sind hierfür innen- und aussenpolitische Gründe massgebend gewesen. Der innenpolitische Grund ist das Wahljahr 1957. Man will den Bundesrepublikaner anlässlich der in Bonn stattfindenden NATO-Ratstagung vorführen, wie gleichberechtigt man sei, wie sehr die Bundesrepublik mit ihrer jetzt beginnenden Aufrüstung für die Bündnispartner des Atlantikpaktes an Wert gewonnen habe und - um es auf die Formel der CDU-Propaganda zu bringen - wie notwendig es sei, noch einmal Herrn Adenauer zum Bundeskanzler zu wählen, der "uns das alles gebracht hat."

So weit zur innenpolitischen Bedeutung der Bonner NATO-Tagung. Aussenpolitisch ist die Sache gefährlicher. Die Bundesrepublik ist mit den auf diesem Gebiet stationierten NATO-Flugplätzen und Abschussbasen für Raketengeschosse, mit ihren grossen Materiallagern, besonders im Raume des Landes Rheinland-Pfalz (Kaiserslautern, Baumholder usw.) die vorgeschobene Front in der weltweiten Ost-West-Auseinandersetzung. Sie bildet politisch und militärisch die Schwertspitze des westlichen Blocksystems. Nichts wäre unter diesen Umständen natürlicher und vernünftiger, als der Verzicht auf jede Art von Demonstration.

Die Demonstration der westlichen Machtentfaltung auf deutschem Boden mag von dem einen oder anderen westlichen Politiker als Mittel der Einschüchterung gegenüber dem Osten gedacht sein und daher begrüsst werden. Im Effekt kann sie aber nur zu einer Verhärtung des Ost-West-Gegensatzes führen und die deutsche Situation verschlechtern. Wenn es richtig ist, - jedenfalls wird das von allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik behauptet - dass die Wiedervereinigung Deutschlands, oder erfolgversprechende Verhandlungen über die Wiedervereinigung, nur in einem Klima der Entspannung möglich sind, dann dürfte mit der NATO-Tagung auf deutschem Boden genau das Gegenteil von dem erreicht <sup>sein,</sup> was man allgemein als die wichtigste zu lösende Aufgabe der deutschen Politik zu bezeichnen pflegt.

Selbst wenn es nicht zutreffen sollte, dass die Bundesregierung sich um die Abhaltung der NATO-Tagung in Bonn bemüht hat, wenn etwa andere Paktpartner auf den wenig glücklichen Gedanken gekommen sein sollten, die Demonstration der NATO-Geschlossenheit in der Bundesrepublik zu veranstalten, wäre es Aufgabe und Pflicht der Regierung der Bundesrepublik gewesen, höflich aber bestimmt und unter Berücksichtigung der besonderen Situation des gespaltenen Deutschlands einen anderen Tagungsort vorzuschlagen.

### Mageres Ergebnis

R.H., Stockholm

Der finnische Ministerpräsident Fagerholm hat der Sowjetregierung einen Besuch abgestattet. Er wurde ausserordentlich freundlich aufgenommen. Bulganin pries die Vortrefflichkeit des finnisch-sowjetischen Vertragsverhältnisses, Chruschtschow lobte die nordeuropäischen Völker im allgemeinen. Im Schlusskommuniqué wurden den Finnen ausdrücklich bestätigt, dass die Sowjetunion mit Finnlands Aussenpolitik durchaus zufrieden sei und eine weitere Festigung der vielerlei Beziehungen, insbesondere auch eine Intensivierung der finnischen Handelsbeziehungen mit dem benachbarten Gebiet von Leningrad, anstrebt.

Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Sowjetunion die Finnen gehindert hat, dem Nordischen Räte beizutreten. Heute wird diese nordeuropäische Zusammenarbeit ausdrücklich als friedensfördernd bezeichnet.

Dem Sozialdemokraten Fagerholm - jetzt ein willkommenen Gast - hatte Moskau bis vor kurzem nicht vergessen, dass unter seiner Führung Finnland im Jahre 1948 die schon weit gediehenen bolschewistischen Infiltrationsbestrebungen durchkreuzen und seine Freiheit bewahren konnte. Fagerholms langjähriger agrarischer Gegenspieler - der jetzige Staatspräsident Dr. Kekkonen - hatte immer wieder durchblicken lassen, dass Fagerholm für die Russen absolut untragbar sei.

Fagerholms Moskauer-Reise ist schon vor einigen Monaten vereinbart worden. Dass der einst gehasste Fagerholm nun so überaus freundlich empfangen wurde, dürfte dem Umstande zuzuschreiben sein, dass es sich bei ihm um den ersten Besuch eines Staatsmannes aus einem westlich-demokratischen Lande nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes war.

Es war klar, dass Bulganin und Chruschtschow Fagerholms Einladung zu einem Besuche in Finnland annahmen. Ursprünglich waren im Anschluss daran auch Besuche in Stockholm, Kopenhagen und Oslo vorgesehen. Seit dem Ungarn-Aufstand hat sich aber die Bevölkerung Skandinaviens sehr bestimmt dagegen ausgesprochen.

Das sachliche Ergebnis des finnischen Besuches in Moskau ist mager. Greise aussenpolitische Probleme standen von vornherein nicht

zur Diskussion, sonst wäre Fagerholm kaum ohne seinen Aussenminister gereist. Die Teilnahme des Handelsministers lässt auf den Schwerpunkt der Verhandlungen schliessen. Tatsächlich ist der für Finnland sehr bedeutungsvolle Handel mit der Sowjetunion in eine Sackgasse geraten. Da die finnischen Exporte in die Sowjetunion stets umfangreicher als die Importe sind, galt bis vor kurzem eine Dreieck-Vereinbarung, derzufolge die Satellitenstaaten an Finnland das lieferten, was zur Deckung der sowjetischen Wünderlieferungen erforderlich war. Polen (Kohle) und Rumänien (Erdöl) haben nun diesem Zustande ein Ende gesetzt und verlangen von Finnland Westdevisen für ihre Lieferungen.

Finnlands Zahlungsbilanz mit dem Westen ist aber schon jetzt sehr angespannt. Ob und in welchem Ausmasse die Sowjetunion den Firmen bei den Verhandlungen zugestanden hat, den Überschuss im finnisch-sowjetischen Handel durch Westdevisen auszugleichen, ist im Augenblick noch unbekannt. Die Formulierungen im Schlussekommuniqué hinsichtlich der Handelsbeziehungen können wohl nur so gedeutet werden, dass ein für beide Teile tragbarer Ausweg gefunden worden ist.

+ + +

#### Nicht den zweiten vor den ersten Schritt tun

ler. Das deutsch-polnische Gespräch braucht nicht erst gefordert zu werden, es ist bereits im Gange, zögernd zwar noch, aber immerhin. Es verlangt von allen Partnern Freimut, aber auch Behutsamkeit, wenn der nun beabsichtigte Brückenschlag nicht von vornherein in den Anfängen steckenbleiben soll. Dieser Versuch einer langsam sich vor-tastenden Fühlungnahme verträgt keinen eisigen Windhauch. Ein solcher Windhauch geht von einer Diskussion über die Oder-Neisse-Linie aus. Wer sie in diesem Stadium in den Mittelpunkt aller deutsch-polnischen Erörterungen rückt, erweist sich und den beiden Völkern einen Bärendienst, verbaut den Weg für eine Verständigung. Zunächst gilt es ja, überhaupt einen Anfang zu finden. Man findet ihn nicht, wenn man die Entwicklungen und Möglichkeiten des zweiten Nachkriegsjahrzehntes von Standort der ersten Nachkriegsjahre betrachtet.

#### Ein kühnes Unterfangen

Jede Bestandsaufnahme von gegenwärtigen Chancen und Aussichten eines künftigen deutsch-polnischen Kontaktes muss man von der einfachen und für beide Teile gewiss sehr schmerzlichen Erkenntnis ausgehen, dass jetzt von keiner polnischen Regierung, wie immer auch ihre innere Zusammensetzung sein möge, ein Abrücken von oder ein Verzicht

auf die Oder-Weisse-Grenze erwartet werden kann. Andererseits ist keine deutsche Partei denkbar - die Kommunisten sind keine deutsche Partei, sie betrachten sich ja selbst als einen verlängerten Arm Moskaus - die sich des Anspruchs auf die laut Potsdamer Abkommen nur unter vorläufiger polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete begeben könnte. Diese Unvereinbarkeit gegensätzlicher Standorte in dieser Frage darf jedoch nicht bedeuten, dass darüber alle Versuche, auf anderen Gebieten zum besseren Verstehen zu kommen, scheitern sollten. Die Anbahnung zum besseren Verstehen stellt hohe Ansprüche an die Ausnutzung aller schöpferischen politischen Energien.

#### Politische Grosstat

Hier haben nun die Landmarnschaften der vertriebenen Deutschen aus den Ostgebieten eine gute Vorarbeit geleistet. Die dieser Tage von berufenen Sprechern der Vertriebenen bekundete Bereitschaft, die Oder-Weisse-Grenze aus dem Feld der deutsch-polnischen Gespräche auszuklamern, ist eine politische Grosstat, sie zeugt von realistischer Einsicht, sie belastet die Erkundungsfahrt in ein neues und sehr schwieriges Gelände nicht mit untragbarem Gepäck. Sie gibt die Bahn frei für die Behandlung des Vordringlichen. Und das Vordringliche, das, was unmittelbar, ohne die dunklen Schatten der Vergangenheit neu heraufzubeschwören, getan werden kann, ja getan werden muss, ist doch: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau, Steigerung des gegenseitigen Handels, Beseitigung tief eingegrabenen Misstrauens und Vorurteils. Viele Polen sehen in der Bundesrepublik die Aufmarschposition eines neu-deutschen Imperialismus, viele Deutsche wiederum können sich nicht an die Vorstellung eines mit der Sowjetunion in gut nachbarlichem Verhältnis lebenden und sich Schritt für Schritt von drückender sowjetischer Abhängigkeit lösendes Polen gewöhnen. Sie haben kein Verständnis für die gewaltigen inneren Erschütterungen des polnischen Volkes, ausgelöst durch seine Oktoberrevolution, für sein leidenschaftliches und von ständigen Gefahren bedrohtes Streben, eigene Wege zu gehen, sie glauben nicht an die Möglichkeit, dass man zwar in russischer Nachbarschaft leben und dennoch sich von russischer Bevormundung lockern kann.

#### Nebelwände der Propaganda durchbrechen

Wiederum fällt es vielen Polen schwer, sich durch die Nebelwand einer Propaganda durchzuschlagen, die ihnen die Bundesrepublik als Tummelplatz unversöhnlicher, Kriegslüsterer und auf neue Eroberung ausgehender Elemente erscheinen lässt und lässt. Diese Tabus, die die Geister verwirren, die Wirklichkeit verschleiern und die Existenz der bei beiden Völkern vorhandenen Kräfte des guten Willens leugnen, gilt zunächst zu beseitigen. Es ist eine Aufgabe von höchster Aktualität, ihre Lösung gehört zu der schweren Arbeit der Liquidierung der Folgen des zweiten Weltkrieges.

In dem gewaltigen Ringen zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen den der Freiheit verpflichteten, ihr zustrebenden und den vom Gewebe der Unterdrückung eingesponnenen Kräften - sie lassen sich, wie es

die Vereinfacher tun, nicht auf einen geographischen Bereich begrenzen - kommt es darauf an, dem Bereich des Menschlichen und des Menschenwürdigen zu erweitern.

#### Polen braucht Hilfe

Das polnische Volk unter der Führung Gomulkas geht mit grossem Elan an die Verbesserung seiner inneren und äusseren Lebensbedingungen heran, die es aus Armut und Elend und aus Abhängigkeit hinausführen soll. Es braucht dazu die tatkräftige Unterstützung der Aussenwelt. Sollte die Bundesrepublik von einer solchen ohne politische und ideologische Vorzeichen zu gewährenden Hilfe ausschliessen? Der Wunsch der polnischen Regierung nach einer Ausweitung des deutsch-polnischen Handels ist seit Jahren bekannt, es besteht ein Hunger nach deutschen Qualitätswaren, nach Werkzeugen, Maschinen, Chemikalien. Soll Warschau hier ausschliesslich auf das Wohlwollen Bankows angewiesen sein, dem ohnehin die ganze neu-polnische Richtung nicht passt? Übrigens: die Weite des Spielraums der Regierung Gomulkas wird von der Gewährung und Höhe der zu erwartenden amerikanischen Anleihe entschieden. Warum dann die Zurückhaltung der Bundesregierung? Sieht sie ihren Ehrgeiz darin, die unverkennbaren Bemühungen des polnischen Volkes nach ökonomischer Besserstellung und politischer Freiheit durch Abstinenz auf ein Mindestmass zu beschränken?

#### Menschliche Verpflichtung

In Polen leben nach überzeugenden Angaben noch rund eine Million Deutsche. Nach schrecklichen Jahren des ständigen Unterdrücktseins, der versuchten Zwangsassimilierung, schimmert ihnen nun die Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Dasein. Diese unglücklichen Angehörigen unseres Volkes hatten wohl am schwersten die Bürde des Hitlerkrieges zu tragen, sie sind die Überlebenden Zeugen eines nationalistisch verblendeten Irrwahns. Gibt es nicht eine Verpflichtung, ihnen nun beizustehen? Die Familienzusammenführung genügt hier nicht, so notwendig sie auch ist, da sie nur einen Bruchteil der in Polen lebenden Deutschen erfasst.

Dies und nichts mehr kann die Tagesordnung des anlaufenden noch inoffiziell geführten deutsch-polnischen Gesprächs sein. Eine nach dem Frieden sich sehnde Welt hört dabei zu. Die Sympathien werden sich denen zuneigen, die Dissonanzen zu vermeiden verstehen. Jeder, der an dieser dramatischen Diskussion nun teilnimmt, sollte sich freilich auch im klaren sein, dass hier ein gut Teil deutscher und europäischer Zukunft mit entschieden wird.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel